Kreditpolitik

Zu viel Risiko?

Gehen Deutschlands Banken getrieben von einem herausfordernden Umfeld auf der Suche nach einem auskömmlichen Dasein zu hohe Risiken ein? Über die Beantwortung dieser Frage lässt sich trefflich streiten, was allein schon an der Pauschalisierung liegt. Denn was für den einen zu viel, kann der andere sich noch leisten.

Fakt 1: Nach dem längsten Wirtschaftsaufschwung der deutschen Geschichte schwächelt die Konjunktur derzeit ein klein wenig, vor allem weil der Exportmotor angesichts vieler globaler Unwägbarkeiten ins Stottern gerät. So hat jüngst die Bundesregierung ihre Konjunkturprognose für 2020 deutlich gesenkt. Peter Altmaier rechnet nur noch mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,0 Prozent. Noch im April ging man in Berlin von 1,5 Prozent aus. Die fünf Wirtschaftsweisen des „Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage" haben mit einer Prognose des Wirtschaftswachstums von 0,9 Prozent ähnliche Erwartungen, rechnen aber auch damit, dass sich die Konjunkturschwäche bis weit in das kommende Jahr ziehen wird. Zuversichtlicher sind da mittlerweile die Unternehmenschefs. Nachdem der Ifo-Index in den vergangenen Monaten eigentlich nur eine Richtung kannte, hat sich die Stimmung in der deutschen Wirtschaft im November wieder aufgehellt. Der vom Münchner Ifo-Institut erhobene Geschäftsklimaindex stieg um 0,3 Punkte auf 95,0 Zähler. Die Unternehmer waren minimal zufriedener mit ihrer aktuellen Geschäftslage. Auch ihre Erwartungen fielen weniger pessimistisch aus als noch im Vormonat.

Fakt 2: Die Banken und Sparkassen in Deutschland scheint das nicht zu kümmern. Denn die Kreditvergabe an Unternehmen wurde zuletzt stark ausgeweitet. Im zweiten Quartal 2019 stieg sie gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres um 61 Milliarden Euro oder 5,4 Prozent. Eine Rolle spielen dabei mittlerweile auch wieder die zahlreichen Auslandsbanken, die sich verstärkt im deutschen Firmenkundengeschäft breit machen: Inzwischen stehen ausländische Banken für 11,3 Prozent des hiesigen Unternehmenskreditvolumens. Einer Analyse der Finanzierungsberatung FCF Fox Corporate Finance zufolge haben die Institute insgesamt rund 104 Milliarden Euro an Krediten an Unternehmen ausgereicht. Das ist ein neuer Rekordwert: 2008 hatten die Kreditvolumina laut FCF schon einmal 98 Milliarden Euro erreicht, bis 2014 reduzierten die Häuser die an deutsche Firmen vergebenen Darlehen dann jedoch wieder auf 64 Milliarden Euro.

Auch in Europa zeigt sich ein ähnliches Bild. Hier haben die Geldhäuser im Oktober 3,8 Prozent mehr Firmendarlehen ausgereicht als vor Jahresfrist, wie die EZB mitteilte. Im September hatte das Plus bei 3,6 Prozent gelegen. Doch nicht nur im Firmenkundengeschäft brummt der Kreditmotor: An die Privathaushalte vergaben die Banken im Oktober 3,5 Prozent mehr Kredite als ein Jahr zuvor. Das ist der stärkste Zuwachs seit Januar 2009.

Für die Bankenaufsicht ist ein Szenario aus niedrigen Zinsen, eingetrübter Konjunktur, wachsender Risikovorsorge, die in der jüngeren Vergangenheit praktisch nicht vorhanden war, Preisblasen und globalen Unsicherheiten natürlich besorgniserregend. „Wenn sich mehrere Risiken parallel realisieren, droht der sprichwörtliche perfekte Sturm", warnte BaFin-Chef Felix Hufeld noch im September. Der Finanzstabilitätsbericht 2019 der Deutschen Bundesbank befürchtete eine Unterschätzung der drohenden Kreditrisiken und stellt zwar keine dramatische, aber doch eine schleichende Aufweichung der Kreditvergabestandards fest. Und die Ratingagentur Moody's nahm die jüngsten Entwicklungen zum Anlass, ihren Ausblick für die deutschen Banken von stabil auf negativ zu senken.

Deutet das alles auf einen zu großen, gefährlichen Risikoappetit hin? Bislang zum Glück noch nicht. Hoffentlich bleibt das auch so.

Aktien

Habt keine „German Angst"!

Die Deutschen sind ein Volk von Aktienmuffeln. Das ist nichts Neues. Laut dem Deutschen Aktieninstitut (DAI) lag die Aktienmarktteilnahmequote im vergangenen Jahr in Deutschland bei lediglich 16 Prozent. In den USA, wo die Aktienanlage traditionell für die Altersvorsorge eine sehr wichtige Rolle spielt, waren es

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

im Vorjahr demnach 54 Prozent. Bislang wurden die Gründe für die Zurückhaltung in Deutschland nicht richtig erforscht. Oft wird schnell und instinktiv die typisch deutsche Risikoaversion genannt. Risikobereitschaft ist in der Tat keines der Stereotypen, die man mit einem Deutschen assoziieren würde. Schließlich ist in der angelsächsischen Welt „German Angst" ein geflügeltes Wort. Doch ist es wirklich so einfach? Eine Studie der Frankfurt School of Finance im Auftrag der Deutschen Börse hat versucht, die Gründe für die Abneigung der Deutschen gegen Aktien ans Licht zu zerren. Die Autoren der Studie geben zwar zu, dass sie eine allumfassende Antwort auf diese Frage nicht gefunden haben, aber immerhin einzelne Erklärungsansätze.

Soziale und persönliche Faktoren spielen demnach eine Rolle bei der Frage, ob man in Aktien investiert. So hatte das Geschlecht der Befragten eine Bedeutung: Nur 37 Prozent der Aktieninhaber sind Frauen. Aber auch hier ist man wieder bei der Risikofrage. Viele Studien zu dem Thema haben ergeben, dass Frauen weniger offensiv und risikobewusster beim Investieren agieren – dabei aber nicht unbedingt schlechter abschneiden. Dennoch, die Risikoscheu scheint bei Frauen grundsätzlich größer zu sein. Wenig überraschend spielt auch das Einkommen eine Rolle. Während der Anteil der Menschen, die ein Nettoeinkommen von unter 1 000 Euro haben, bei der Gruppe der Nichtaktionäre 12 Prozent beträgt, sind es bei den Aktienbesitzenden lediglich drei Prozent. In Deutschland insgesamt sind es 10 Prozent. So verwundert es auch nicht, das zwei Drittel der Nichtaktionäre ihr Vermögen als zu klein für die Aktienanlage befinden.

Eine offensichtlich zentrale Bedeutung spielt auch das Thema Bildung. Während unter allen Befragten 16 Prozent einen Hauptschulabschluss haben, trifft das nur auf 7 Prozent der Aktionäre unter den Umfrageteilnehmern zu. Bundesweit haben sogar 30 Prozent der Menschen einen Hauptschulabschluss. Dahingegen haben 63 Prozent der Aktienbesitzer in der Umfrage Abitur beziehungsweise Fachhochschulreife. Unter allen Studienteilnehmern sind es nur 45 Prozent, bundesweit sogar nur 32 Prozent. Dass das Thema Bildung/Wissen eine große Rolle spielt, zeigte auch die Frage nach dem fehlenden Wissen. Während nur 25 Prozent der Aktien besitzenden Umfrageteilnehmer davon ausgehen, dass sie fehlendes Wissen zum Thema haben, sind es 65 Prozent der Nichtaktionäre. Nur die Aspekte „Vermögen zu klein" (66 Prozent) und „Angst vor hohen Verlusten durch ökonomische Katastrophen" (67 Prozent) hatten eine noch (leicht) höhere Zustimmung.

Natürlich spielt damit auch die eingangs erwähnte Risikoaversion der Deutschen die wichtigste Rolle. Aber auch hier hat der Faktor mangelndes Wissen eine Nebenrolle. Denn die Verlustrisiken werden gerade von den Nichtaktienbesitzern systematisch überschätzt. Vor allem das Wissen, dass über einen ausreichend langen Zeitraum das Verlustrisiko immer niedriger wird, scheint nicht vorhanden zu sein. Laut den Daten des DAI ist es seit 1969 kein einziges Mal vorgekommen, dass ein DAX-Investment von mindestens 13 Jahren vor Kosten einen Verlust verursacht hat. Nur 38 Prozent der Nichtaktionäre schätzen es richtig ein, dass ein 10-Jahresinvestment eine niedrigere Verlustwahrscheinlichkeit hat als ein 1-Jahresinvestment.

Angst, Unwissen und/oder ein vermeintlich zu kleines Vermögen halten wohl weite Teile der Bevölkerung vom Gang an die Börse ab. Ein wichtiges Fazit aus der Studie könnte daher sein: Aufklärung tut not. Die Banken sind in der Pflicht, durch die Berater die Kunden aufzuklären, damit sie eine realistische Einschätzung der Risiken bekommen und sich damit vielleicht eher an den Aktienmarkt wagen. Auch gilt es den Kunden klarzumachen, dass fehlendes Wissen kein Problem sein muss. Einfache Produkte wie Fonds oder ETFs benötigen kein tiefes Wissen der Kapitalmärkte. Zu guter Letzt sollte den Kunden auch klargemacht werden, dass auch ein zu kleines Vermögen kein Hindernis sein muss. Im Gegenteil: Sparpläne können dabei helfen, die kleinen Vermögen zu vergrößern. Eine potenziell breitere Provisionsbasis könnte der Lohn für die Mühen auf der Bankenseite sein.

Aber natürlich ist auch die Politik gefordert: Finanzbildung gehört unbedingt und bald auf den Stundenplan in allen Schulformen! Auch die Politik hätte dabei einen Kollateralnutzen: Die Wut der Bürger über die katastrophale Rentenpolitik würde gedämpft, da die Folgen der Rentenpolitik mit mehr effizienter Vorsorge abgemildert würden. Hilfreich dafür wäre allerdings auch, nicht den SPD-Unfug mit der geplanten Strafsteuer für aktienbasierte Alters-

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

vorsorge einzuführen. Das wäre ganz klar ein unsinniges und kontraproduktives Signal! Mit Regulierung und überdrehtem Verbraucherschutz und sonstigen Markteingriffen hat die Bundesregierung schon mehr als genug Hürden für eine sinnvolle Altersvorsorge aufgebaut.

Leasing

Zwei Gesichter

Bei den Verantwortlichen der Leasingbranche mischen sich derzeit Sorgenfalten mit einem zufriedenen Lächeln – je nachdem aus welcher Perspektive man auf die Branche schaut. Mit dem ablaufenden Geschäftsjahr 2019 kann der BDL-Präsident Kai Ostermann wieder mal mehr als zufrieden sein: Denn es bringt für die Unternehmen erneut Rekorde. Das Neugeschäft klettert auf 74,4 Milliarden Euro und wächst 2019 mit knapp 9 Prozent deutlich stärker als die deutsche Wirtschaft. Fast jede vierte Ausrüstungsinvestition (24 Prozent) wird in diesem Jahr über Leasing realisiert und rund 16 Prozent aller gesamtwirtschaftlichen Investitionen. Entsprechend gewinnt das Leasing bei den außenfinanzierten Investitionen weiter an Bedeutung und kommt auf einen Anteil von 54 Prozent. Das ist die erfreuliche Seite.

Mit Blick nach vorn trübt sich die Stimmung allerdings ein. „Investitionen sind der Schlüssel für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Deutschland benötigt dringender denn je eine Investitionsoffensive, um die Investitionsbedingungen für Unternehmen zu verbessern und Anreize für mehr Investitionen am Standort zu setzen“, so Ostermanns Appell. In Deutschland wird schlicht seit Jahren zu wenig investiert. Laut dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW) müssten in den kommenden zehn Jahren rund 450 Milliarden Euro aufgewendet werden, um bestehende Investitionslücken zu schließen und als Standort attraktiv zu bleiben. Andernfalls droht der Verfall des öffentlichen Kapitalstocks, also von Straßen, Schienen und Schulen, sich ungebremst fortzusetzen.

Diese Lücke kann der Staat allein nicht schließen. Von daher plädiert Ostermann für mehr Anreize, damit die Privatwirtschaft in diesen Bereichen investiert. Für ihn sind die Mittelstandsstrategie und die Industriestrategie 2030 von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier daher zu begrüßen, da sie neben unterstützenden Maßnahmen auch Steuererleichterungen und einen Bürokratieabbau vorsehen. Allerdings müssten die Vorschläge nun auch zügig umgesetzt werden.

Ein Wermutstropfen für den BDL-Präsidenten dabei: Leasing spielt in den Förderprogrammen des Bundes und der Länder teils gar keine, teils nur eine sehr untergeordnete Rolle. Bösen Willen erkennt Ostermann dabei nicht. Allerdings das mangelnde Bewusstsein, was Leasing ist und welche Bedingungen Leasing braucht. Denn viele Programme seien so ausgestaltet, dass Leasing nicht zu den jeweiligen Förderbedingungen passe. Daran gilt es aufseiten des BDL zu arbeiten, denn Leasing kann auch hier als Finanzierungsalternative zu noch mehr Erfolg der Programme beitragen.

„Wir sehen uns nicht als Bank, sondern als Investitionsermöglicher“, so Ostermann. So möchte er die Unternehmen seiner Branche auch reguliert sehen und wirbt unverdrossen der aktuellen Realität für ein eigenes Aufsichtsregime für Leasinggesellschaften, die kleiner und deutlich weniger riskant agieren als Banken oder Sparkassen. Denn vom ursprünglich angedachten KWG-light für Leasingunternehmen ist man inzwischen ziemlich weit entfernt. Das Problem sieht der BDL-Präsident in der Systematik der Aufsicht. Diese werde für international tätige Großbanken entwickelt und dann auf andere Akteure an den Finanzmärkten heruntergebrochen. Mit den bekannten ungewünschten Nebeneffekten.

Entsprechend der allgemeinen wirtschaftlichen Situation der Realwirtschaft und der teils signifikanten Auftragsrückgänge in einzelnen Branchen wird es 2020 aller Wahrscheinlichkeit nach keine neuen Rekorde von den BDL-Mitgliedern geben. Der Verband rechnet mit einem stabilen Neugeschäft. Aber auch das wäre doch schon ein Erfolg, den dann die neue BDL-Hauptgeschäftsführerin Claudia Conen gemeinsam mit Präsident Kai Ostermann verkünden darf. Horst Fittler, seit 2010 Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Leasing-Unternehmer geht nämlich mit Ablauf dieses Jahres in den Ruhestand. Besser als mit einem solchen Rekordjahr kann man sich eigentlich kaum verabschieden. Auch das zeigt, wie viel der Verband in den vergangenen Jahren für seine Branche erreicht hat.

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

Kundeneinlagen

Negativzinsen zum Ersatz des Eigenaufwands?

Die Erhebung von Negativzinsen auf private Spar- und Giroeinlagen, die derzeit breit diskutiert und auch schon praktiziert wird, erscheint sach- und regelgerecht und für die Einleger akzeptabel, wenn es den Banken nur darum geht, ihre eigenen Aufwendungen für Negativzinsen zu ersetzen, die ihnen durch die EZB für gehaltene Guthaben auferlegt wurden. Es steht fest, dass es sich bei diesen Negativzinsen der Institute um im Zusammenhang mit den Kundeneinlagen notwendigen Aufwand handelt, der grundsätzlich an diejenigen „abgewälzt" werden kann, in deren Interesse er erfolgt ist. Im Kontext zur Hereinnahme und „Verwahrung" von Geldern der Einleger durch die Bank steht, dass die Einleger nach allgemeinen Rechtsprinzipien für notwendigen Aufwand der „Verwahrerin" (Bank) aufkommen müssen. Auf den ersten Blick scheint es mithin schlüssig zu sein, dass die Banken mit ihrem „Ersatzverlangen" gegenüber den Einlegern im Recht sind, sodass sie auch keine Hemmungen haben müssen, über diesen Aufwendungsersatz zu bestimmen.

Wie häufig in der Praxis dringt auch hier der „zweite Blick" weiter in die Tiefe und lässt die Brisanz des zu Betrachtenden erst erkennen. Hier wird deutlich, dass es bei der Belastung der Einleger mit Negativzins den Banken nicht primär oder allein darum geht, den eigenen Negativzinsaufwand auf Einlagen bei der Zentralbank auf die Einleger umzulegen. Wäre das das Ziel einer Bank, müsste sie davon ausgehen, welcher Eigenaufwand in Euro und Cent an Negativzinsen ihr selbst entsteht. Allein daraus müsste sie ermitteln, mit welchem Prozentsatz dieser Aufwand auf die Einleger umzulegen ist. Nach bisher erkennbarer Übung sehen die Banken aber schlicht vor, den von der Maßnahme betroffenen (wohlhabenderen) Kunden den unveränderten Negativzins von 0,5 Prozent im Jahr aufzuerlegen, ohne zu berücksichtigen, dass das in der Summe mehr Negativzinsertrag ergibt, als die Bank selbst auf ihr Zentralbankguthaben aufzuwenden hat. Insoweit schleicht sich der böse Eindruck ein, dass die Aktion Negativzinsen auf Kundeneinlagen nicht nur den Effekt haben soll, den eigenen Aufwand des Instituts abzudecken, sondern auch den Nebenzweck haben könnte, hier eine neue Ertragsquelle zur Mehrung des bilanziellen Zinsüberschusses zu erschließen. Dieser Nebenzweck wäre zwar nicht offenkundig gesetzeswidrig, aber doch in einem höheren Sinne fragwürdig und inakzeptabel, weil hier Einleger letzten Endes ungerecht bestraft würden, ohne „Strafbares" getan oder gewollt zu haben.

Dass dieser Eindruck nicht ganz fern liegt, ergibt sich schon aus dem schlichten Zahlenverhältnis zwischen den Bankbilanzpositionen Kundeneinlagen auf der Passivseite und Guthaben bei der Zentralbank auf der Aktivseite. Im normalen Bankverkehr dienen Kundeneinlagen zur Refinanzierung des positiv zinstragenden (Aktiv-)Kreditgeschäfts. Nur zur Deckung des 1-prozentigen Mindestreserve-Solls, ferner als Liquiditätsreserve und (bei zu geringem Kreditgeschäft) als Überschussliquidität werden Teilbeträge auf dem Zentralbankguthaben geparkt. Eine typische Beispielbank, die 10 Milliarden Euro Kundeneinlagen hat, davon 9 Milliarden Euro im Aktivgeschäft einsetzt und im Schnitt 1 Milliarde Euro auf dem Zentralbankkonto parkt, zahlt nach ihrer Freigrenze von 600 Millionen Euro (= 6-fache des Mindestreserve-Solls) auf 400 Millionen Euro den Negativzins von 0,5 Prozent = 2 Millionen. Wenn die Bank nun – was richtig wäre – diesen eigenen Aufwand von 2 Millionen Euro auf die Kundeneinlagen von 10 Milliarden Euro gleichmäßig umlegen würde, ergäbe das eine Belastung von nur 0,02 Prozent für den Einleger oder von 20 Euro für 100 000 Einlage.

Wenn die Bank Negativzinsen nur auf höhere Einlagen erheben will, würde das geschätzt 50 Prozent dieser Einlagen betreffen. Auf diese umgelegt ergäbe der Eigenaufwand von 2 Millionen Euro eine Belastung der Einleger mit 0,04 Prozent oder 40 Euro pro 100 000 Einlage. Würde die Bank dagegen 0,5 Prozent Negativzinsen auf 50 Prozent der Einlagen erheben, brächte ihr das einen Ertrag von 25 Millionen Euro und damit des 12,5-fachen ihres Eigenaufwands. Es gehört keine Fantasie dazu, sich die Empörung auszudenken, die das Bekanntwerden dieses wenig seriösen Ergebnisses bei den betroffenen Einlegern auslösen würde. Die Mahnung zu maßvoller Kalkulation der an die Einleger weiterzugebenden Negativzinsen allein auf der Grundlage des tatsächlichen relevanten Eigenaufwands der Bank ist ein Gebot der Stunde.

RA Dr. Claus Steiner, Wiesbaden

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH